Volksentscheid Nichtraucherschutz – „Bayern atmet auf“

Der 68. Bayerische Ärztetag in Regensburg forderte im April 2010 alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Bayern auf, sich am Volksentscheid zum Nichtraucherschutzgesetz am 4. Juli 2010 zu beteiligen (siehe Beschlüsse, Seite 300). Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wendet sich gegen die Lockerung des Gesundheitsschutzgesetzes (GSG). Das GSG sollte in der ursprünglichen Fassung vom 20. Dezember 2007 in Kraft bleiben und die darin enthaltene Ausnahmeregelung für Gaststätten (Artikel 2, Ziffer 8: „soweit sie öffentlich zugänglich sind“) sei zu streichen. Mit dem Volksbegehren soll die Novellierung des GSG vom Juli 2009 rückgängig gemacht werden und ein umfassender Nichtraucherschutz in Bayern erreicht werden.

Intention der Delegierten zum 68. Bayerischen Ärztetag war es, das Bündnis „Volksbegehren Nichtraucherschutz“ zu unterstützen und alle bayerischen Ärztinnen und Ärzte aufzufordern, sich aktiv für den Volksentscheid zu engagieren. In diesem Sinn:

- hängen Sie das Plakat, das dieser Ausgabe des *Bayerischen Ärzteblattes* beiliegt, in ihrer Praxis, ihrer Station, ihrem Arbeitsbereich oder Büro oder einfach an geeigneter Stelle auf und
- stimmen Sie am 4. Juli 2010 beim Volksentscheid mit „JA“.

Infomaterialien und weitere Plakate gibt es im Internet unter www.nichtraucherschutz-bayern.de oder am Infotelefon unter 08571 37800.

Dr. H. Hellmut Koch, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer

Dr. Max Kaplan, Vizepräsident der Bayerischen Landesärztekammer

„Bayern atmet auf – Ja! zum Nichtraucherschutz“ – so lautet das Motto der Kampagne zum Volksentscheid am 4. Juli.

Rund 4.000 Ärztinnen und Ärzte gingen in München auf die Straße. *(Foto: M. Helmkamp)*

Vollstreik

Massiver Druck vom ersten Streiktag an: Die im Marburger Bund (MB) organisierten Ärztinnen und Ärzte an den kommunalen Kliniken haben diese Ankündigung am 17. Mai wahrgemacht. Etwa 15.000 Ärzte an den Krankenhäusern der Städte und Gemeinden haben an diesem Montag die Arbeit niedergelegt und sind in den unbefristeten Vollstreik getreten. Tausende unbesetzte Arztstellen, steigende Arbeitsbelastung und Nachtdienste zu Dumpinglöhnen – die Ärztinnen und Ärzte an den kommunalen Krankenhäusern wollen eine weitere Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen nicht mehr hinnehmen. Vom Arbeitskampf betroffen waren bundesweit mehr als 200 Klinikstandorte. Streikende Ärzte aus allen Teilen des Bundesgebiets kamen zu einer zentralen Demonstration und Kundgebung in München zusammen, die vom St.-Pauls-Platz bis zum Stachus führte. Die Ärztinnen und Ärzte an den kommunalen Kliniken streiken für bessere Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung ihrer Tages- und Nachtarbeit. Die Arbeitgeber bestehen darauf, dass sich der Tarifvertrag für die Ärzte am Verdi-Abschluss für den öffentlichen Dienst orientieren müsse, da dieser auch für andere Beschäftigte im Krankenhaus gelte. Dies lehnte der MB jedoch ab. Die Tarifgespräche waren Mitte April gescheitert. Die Tarifverhandlungen zwischen dem MB und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) waren am 8. April an der Blockadehaltung der Arbeitgeber gescheitert. Ein vages Angebot des VKA betrug nach Angaben des MB lediglich 2,9 Prozent Tariferhöhung über eine Laufzeit von 33 Monaten. „Für die Patienten in den betroffenen kommunalen Kliniken bedeutet der Streik, dass die Versorgung aller Notfälle und dringlichen Eingriffe wie sonst auch am Wochenende oder an Feiertagen gesichert ist“, sagte der MB-Vorsitzende, Dr. Rudolf Henke, auf der zentralen Abschlusskundgebung. Verzögerungen werde es bei planbaren Operationen geben. Der MB empfahl betroffenen Patientinnen und Patienten, benachbarte Krankenhäuser in anderer